

Wolf-Georg Rohde

Wirtschaftsprüfer | Steuerberater



Wittekindstraße 31

50937 Köln

Mobil: +49 171 362 16 97

Fax: +49 221 420 06 41

wolf-georg.rohde@wgr-beratung.de

www.wgr-beratung.de

USt-ID-Nr. DE351159001

Köln, 3.10.2023

WGR-Aktuell Oktober 2023

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

die Stimmung war hierzulande schon mal besser. Nach den jüngsten Prognosen der führenden Wirtschaftsinstitute geht das BIP in Deutschland in 2023 insgesamt zurück, während es in den anderen EU-Ländern teilweise deutlich nach oben geht. Wird Deutschland erneut der kranke Mann Europas?

Politisch steht eine Partei auf Rangliste 2, die ernsthaft Deutschland aus der EU und der NATO haben will, wobei die öffentlichen Medien sich fast nur um deren Fremdenfeindlichkeit und Rechtslastigkeit kümmern. Liebe Medien, vielleicht wäre es eine Idee, sich mit deren abstrusen politischen Forderungen zu beschäftigen, dann könnte der eine oder andere Protestwähler möglicherweise vernünftiger werden.

Am Arbeitsmarkt will auch keine Entspannung eintreten. Es werden dringend Arbeitskräfte gesucht und die Eingliederung der Migranten in den Arbeitsmarkt werden durch teils abenteuerliche bürokratische Hindernisse erfolgreich behindert. Dafür erfreuen sich viele an zweistelligen Lohnsteigerungen und der Viertageweche. Funktioniert doch alles, oder?

Kurzfristig ja, mittel- und langfristig nein. Nehmen wir die Bauwirtschaft: Bürokratie, Kostensteigerungen und Zinsen lassen die Tätigkeit deutlich zurückgehen. Macht nichts, weil es ja auch nicht genügend Handwerker mit ausreichender Personaldecke gibt. Ein schönes Gleichgewicht, oder? Dass wenig gebaut wird, wird sich erst in ein paar Jahren dramatisch auswirken, denn noch wird an Objekten gebaut, die vor ein bis fünf Jahren projektiert wurden. Für die nächsten ein oder zwei Jahre werden viele Unternehmen der Bauwirtschaft noch gut ausgelastet sein. Nach drei Jahren könnte die Viertageweche in einer Nulltageweche enden.

Zu düster, zu einfach gedacht? Da hilft ein Blick in die konjunkturellen Geschichtsbücher. Weniger Beschäftigung führt zu einem niedrigeren Bedarf an Arbeitskräften und damit zu einem Anstieg der Arbeitslosigkeit. Das gab es nicht nur einmal im Nachkriegsdeutschland und

die Nachwendezeit ist vielen noch in guter oder besser gesagt unangenehmer Erinnerung. Es gab Zeiten, da war es ein Ereignis, nach 30 erfolglosen Bewerbungen einen Job zu bekommen, auch im Westdeutschland der 70er und 80er Jahre.

Die Szenarien des mangelnden Wirtschaftswachstums und der geringeren Beschäftigung führen in die nächste Schreckenskammer, nämlich der der geringeren Steuereinnahmen und der defizitären Haushalte. Die über das Existenzminimum hinausgehende Absicherung aller Bedürftigen durch Bürgergeld, Kindergrundsicherung und alle möglichen weiteren Sozialkästchen findet damit ihr grausames und zwangsläufiges Ende. Das gab es auch schon einmal, nannte sich Hartz IV und machte Arbeit am Ende wieder lohnenswert.

Hartz IV gilt heute zumindest in der Partei, die das seinerzeit durchgesetzt hat, als unsozial. Genauso wie der sog. Neoliberalismus, auch als Turbokapitalismus verunglimpft. Kaum haben die Kräfte der freien Marktwirtschaft es geschafft, die wirtschaftliche Entwicklung zu fördern und den Wohlstand deutlich zu verbreitern, fällt vielen nichts Besseres ein, als diese Errungenschaften niederzuknüppeln und dem Wohlstand für alle ohne persönliche Anstrengung das Wort zu reden. Man definiert, was ein menschenwürdiges Leben ist und das stellt dann die Untergrenze der Transformationsleistungen dar. Je höher diese Transformationsleistungen ausfallen, desto geringer wird die Bedeutung des Einkommens aus eigener Arbeitsleistung erachtet. Vielleicht tut es ja auch eine Dreitagewoche?

Es wäre wünschenswert, wenn in Anbetracht der jetzigen wirtschaftlichen Entwicklung etwas frühzeitiger erkannt wird, dass hier etwas in die falsche Richtung läuft. Wir brauchen keine höheren Sozialleistungen sondern Beschäftigung. Wir brauchen weniger Bürokratie. Ein leistungsfähiges Steuerrecht mit transparenter Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit wäre außerordentlich hilfreich. Statt Partikularinteressen für jede noch so unbedeutende Minderheit sollten gemeinsame Ziele im Vordergrund stehen. Aktiv vorangehen und gemeinsamen Konsens finden, würde in ihrer Freiwilligkeit Berge versetzen können.

Oder wir machen es wie bisher. Fallen auf die Schnauze und beim Wiederaufrichten stehen wir dann mit dem Rücken an der Wand. Das allerdings können die Deutschen wirklich gut, das hat insbesondere die Nachkriegsgeschichte bewiesen. Aber muss es denn immer erst schmerzhaft sein?

Mal sehen, wo wir in zwei Jahren stehen. Wirtschaftlich und politisch.

Kommen Sie gut durch den Herbst.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr Redaktionsteam WGR-Aktuell